

## **Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten - Verwaltungskostensatzung -**

Aufgrund des § 5 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl I S. 291), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 21.06.2018 (GVBl I S. 291) und der §§ 1, 2 und 9 des Gesetzes über Kommunale Abgaben (KAG) in der Fassung vom 24.03.2013 (GVBl I S. 134), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 28.05.2018 (GVBl I S. 247), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fritzlar in ihrer Sitzung am 11.04.2019 folgende Änderung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Fritzlar beschlossen:

### **§ 1 Kostenpflichtige Amtshandlungen**

- (1) Für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten in Selbstverwaltungsangelegenheiten, die auf Veranlassung oder überwiegend im Interesse Einzelner vorgenommen, oder die in einer besonderen Vorschrift für kostenpflichtig erklärt werden, erhebt der Magistrat in Verbindung mit dem Kostenverzeichnis, das Bestandteil dieser Satzung ist, Verwaltungskosten (Verwaltungsgebühren und Auslagen). Kostenpflicht besteht auch, wenn ein auf Vornahme einer Amtshandlung gerichteter Antrag oder ein Widerspruch zurückgenommen wird.
- (2) Verwaltungskosten, die aufgrund von Gesetzen oder anderen städtischen Satzungen erhoben werden, werden durch diese Verwaltungskostensatzung nicht berührt.
- (3) Für Amtshandlungen in Weisungsangelegenheiten gelten die Vorschriften des Hessischen Verwaltungskostengesetzes in der jeweiligen Fassung.

### **§ 2 Sachliche Kostenfreiheit**

- (1) Kostenfrei sind:
  1. Überwachungsmaßnahmen aufgrund einer Beschwerde, wenn die Überwachungsmaßnahme nicht zu einer Auflage oder Anordnung geführt hat.
  2. a) mündliche Auskünfte  
b) einfache schriftliche Auskünfte; dies gilt nicht für Auskünfte aus Registern und Dateien
  3. die Erteilung von Bescheiden über öffentlich-rechtliche Geldforderungen
  4. Entscheidungen über die Stundung, den Erlaß oder die Erstattung öffentlich-rechtlicher Geldforderungen
  5. Entscheidungen über die Festsetzung von Entschädigungen aus öffentlichen Mitteln
  6. Entscheidungen über die Festsetzung der in einem Vorverfahren nach § 68 der Verwaltungsgerichtsordnung zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder -verteidigung notwendigen Aufwendungen

7. Entscheidungen über Anträge auf Unterstützungen, Beihilfen, Zuwendungen, Stipendien und ähnliche Vergünstigungen.
8. Entscheidungen über die Erteilung von Bescheinigungen zur Bewilligung von Prozeßkosten- oder Beratungshilfe
9. Amtshandlungen im Rahmen eines bestehenden oder früheren öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnisses, einschließlich eines Widerspruchsverfahrens
10. Entscheidungen über Gegenvorstellung und Aufsichtsbeschwerden
11. Amtshandlungen in Angelegenheiten des Wahlrechts, des Volksbegehrens und des Volksentscheids sowie des Bürgerbegehrens und des Bürgerentscheids
12. Entscheidungen über die Anordnung der sofortigen Vollziehung und die Aussetzung der Vollziehung nach §§ 80, 80 a der Verwaltungsgerichtsordnung

(2) Die Kostenfreiheit gilt nicht für den Widerruf oder die Rücknahme einer Amtshandlung sowie für die Zurückweisung oder die Zurücknahme eines Widerspruchs, soweit in Abs. 1 oder in anderen Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmt ist.

### **§ 3 Persönliche Gebührenfreiheit**

( gestrichen )

### **§ 4 Gebührenarten**

Die Gebühren werden

1. durch feste Sätze (Festgebühren)
2. nach dem Wert des Gegenstandes, auf den sich die Amtshandlung bezieht (Wertgebühren)
3. nach dem Zeitaufwand für die Amtshandlung (Zeitgebühren) oder
4. durch Rahmensätze (Rahmengebühren)

bestimmt.

### **§ 5 Wertgebühren, Rahmengebühren, Pauschgebühren**

- (1) Bei der Festsetzung einer Wertgebühr ist der Wert zum Zeitpunkt der Beendigung der Amtshandlung zugrunde zu legen.
- (2) Bei Rahmengebühren gilt für die Festsetzung der Gebühren im Einzelfall:
  1. Die Gebühr soll den mit der Amtshandlung verbundenen Verwaltungsaufwand aller an der Amtshandlung Beteiligten decken (Kostendeckungsgebot). Ausnahmen vom Kostendeckungsgebot sind nur zulässig, wenn dies aus Gründen der Billigkeit erforderlich ist.
  2. Außerdem ist die Bedeutung der Amtshandlung für den Kostenschuldner zum

Zeitpunkt ihrer Beendigung zu berücksichtigen.

3. Die Gebühr darf nicht in einem Mißverhältnis zur Amtshandlung stehen.

(3) Zur Abgeltung mehrfacher gleichartiger Amtshandlungen für denselben Kostenschuldner können auf Antrag Pauschgebühren erhoben werden; sie sind im voraus festzusetzen.

## **§ 6**

### **Gebührenbemessungen in besonderen Fällen**

(1) Wird ein Antrag ganz oder teilweise abgelehnt, sind 75 vom Hundert des im Kostenverzeichnis vorgesehenen Satzes zu erheben, mindestens aber 12,50 €. Wird ein Antrag wegen Unzuständigkeit der Behörde abgelehnt, ist keine Gebühr zu erheben.

(2) Für die Entscheidung über einen Widerspruch sind, soweit der Widerspruch erfolglos geblieben ist, 75 vom Hundert des für den angefochtenen Bescheid festgesetzten Betrages zu erheben, höchstens jedoch 25.000,00 €. Im übrigen gilt:

1. Wird mit der angefochtenen Amtshandlung eine Geldleistung abgelehnt oder gefordert, beträgt die Gebühr 5 vom Hundert des erfolglos angefochtenen Betrages.
2. War für die angefochtene Amtshandlung keine Gebühr vorgesehen, war die Amtshandlung gebührenfrei oder ist der Widerspruch von einem Dritten eingelegt worden, ist eine Gebühr bis zu 5.000,00 € zu erheben; Nr. 1 bleibt unberührt.
3. In den Fällen des Satzes 1 und der Nr. 1 und 2 beträgt die Gebühr mindestens 25,00 €.
4. Ist der Widerspruch von einem Dritten eingelegt worden, ist eine Gebühr nur zu erheben, wenn er wegen Unzulässigkeit zurückgewiesen wird.
5. Bei einem allein gegen eine Kostenentscheidung gerichteten Widerspruch beträgt die Gebühr bis zu 20 vom Hundert des Betrages, dessen Festsetzung mit dem Widerspruch erfolglos angefochten worden ist, mindestens aber 12,50 €.

(3) Hat die Behörde eine Amtshandlung aus Gründen, die der Kostenschuldner zu vertreten hat, zurückgenommen oder widerrufen, sind 75 vom Hundert des im Kostenverzeichnis vorgesehenen Satzes zu erheben. War für die Amtshandlung im Zeitpunkt der Rücknahme oder des Widerrufs eine Gebühr nicht vorgesehen oder war die Amtshandlung gebührenfrei, ist eine Gebühr bis zu 1.500,00 € zu erheben. In den Fällen der Sätze 1 und 2 beträgt die Gebühr mindestens 12,50 €.

(4) Wird ein Antrag oder ein Widerspruch zurückgenommen, bevor die Amtshandlung vollständig erbracht ist, sind 50 vom Hundert des im Kostenverzeichnis vorgesehenen Satzes zu erheben, im Falle der Rücknahme des Widerspruchs jedoch höchstens 12.500,00 €. Im übrigen gilt:

1. In den Fällen des Abs. 2 Nr. 1 beträgt die Gebühr 2, 5 vom Hundert des angefochtenen Betrages.
2. In den Fällen des Abs. 2 Nr. 2 ist eine Gebühr bis zu 1.250,00 € zu erheben; Abs. 2 Nr. 4 gilt entsprechend.
3. In den Fällen des Satzes 1 und der Nr. 1 und 2 beträgt die Gebühr mindestens 12,50 €.
4. Richtete sich der Widerspruch allein gegen die Kostenentscheidung, sind 12,50

€ zu erheben.

5. Hatte die Behörde mit der sachlichen Bearbeitung noch nicht begonnen, ist keine Gebühr zu erheben.
- (5) War in den Fällen des Abs. 1 bis 4 der Verwaltungsaufwand erheblich geringer oder erheblich höher, als er in der Höhe der dort ausgewiesenen Gebühr berücksichtigt ist, kann diese Gebühr um bis zu 25 vom Hundert der vollen Gebühr ermäßigt oder erhöht werden.
- (6) Kosten für das Widerspruchsverfahren werden nicht erhoben, wenn
  1. der Rechtsweg zu anderen Gerichten als den Verwaltungsgerichten gegeben ist,
  2. der widerspruchsführenden Person im verwaltungsgerichtlichen Verfahren Prozeßkostenhilfe zu gewähren wäre und die Person diesen Sachverhalt gegenüber der Behörde (§ 70 der Verwaltungsgerichtsordnung) innerhalb der für die Erhebung des Widerspruchs geltenden Frist glaubhaft gemacht hat.

## **§ 7 Auslagen**

- (1) Aufwendungen, die im Zusammenhang mit einer Amtshandlung und in den Fällen des § 1 Abs. 1 Satz 2 entstehen, werden als Auslagen erhoben.  
Auslagen sind:
  1. Entschädigungen für Zeugen, Sachverständige, Dolmetscher oder Übersetzer
  2. Entgelte für Post- und Telekommunikationsleistungen, ausgenommen die Entgelte für Briefsendungen und für Telefondienstleistungen im Orts- und Nahbereich
  3. Aufwendungen für öffentliche Bekanntmachungen und Zustellungen durch die Behörde
  4. Vergütungen und andere Aufwendungen für die Ausführung von Dienstgeschäften außerhalb der Dienststelle
  5. Beträge, die Behörden, Einrichtungen, natürlichen und juristischen Personen zustehen
  6. Aufwendungen für Ausfertigungen, Abschriften und Kopien, soweit sie auf besonderen Antrag hergestellt oder aus vom Kostenschuldner zu vertretenden Gründen notwendig wurden.
- (2) Die Auslagen sind in der tatsächlich entstandenen Höhe zu erheben. Pauschalier- te Auslagen werden im Kostenverzeichnis bestimmt.
- (3) Wird in anderen Rechtsvorschriften die Erhebung von Auslagen ohne Angabe ihrer Art bestimmt, gilt Abs. 1 und 2 entsprechend.
- (4) Auslagen werden auch dann erhoben, wenn die Stadt aus Gründen der Gegenseitigkeit, der Verwaltungsvereinfachung oder aus ähnlichen Gründen an andere Behörden, Einrichtungen, natürliche oder juristische Personen keine Zahlungen leistet.
- (5) Auslagen sind auch dann zu erheben, wenn die Amtshandlung gebührenfrei ist.

(6) Bei Kleinbeträgen bis zu einer Höhe von 2,50 € kann von einer Erhebung abgesehen werden.

## **§ 8**

### **Kostengläubiger**

Kostengläubiger ist die Stadt Fritzlar.

## **§ 9**

### **Kostenschuldner**

(1) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet:

1. wer die Amtshandlung veranlaßt oder zu wessen Gunsten sie vorgenommen wird
2. wer die Kosten durch eine vor dem Magistrat der Stadt Fritzlar abgegebene oder ihm mitgeteilte Erklärung übernommen hat
3. wer für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

(2) Mehrere Kostenschuldner haften als Gesamtschuldner.

## **§ 10**

### **Entstehen der Kostenschuld**

(1) Die Kostenschuld entsteht, soweit ein Antrag notwendig ist, mit dessen Eingang beim Magistrat der Stadt Fritzlar, im übrigen mit der Beendigung der gebührenpflichtigen Amtshandlung.

(2) Die Verpflichtung zur Erstattung von Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

## **§ 11**

### **Fälligkeit**

Kosten werden mit der Bekanntgabe der Kostenentscheidung an den Kostenschuldner fällig, wenn nicht ein späterer Zeitpunkt bestimmt wird.

## **§ 12**

### **Kostenentscheidung**

(1) Die Kosten werden von Amts wegen festgesetzt. Die Entscheidung über die Kosten soll, so weit möglich, zusammen mit der Sachentscheidung ergehen. Aus der Kostenentscheidung müssen mindestens hervorgehen:

1. die kostenerhebende Behörde
2. der Kostenschuldner
3. die kostenpflichtige Amtshandlung
4. die als Gebühren und Auslagen zu zahlenden Beträge sowie
5. wo, wann und wie die Gebühren und die Auslagen zu zahlen sind

- (2) Die Kostenentscheidung kann mündlich ergehen; sie ist auf Antrag schriftlich zu bestätigen. Soweit sie schriftlich ergeht oder schriftlich bestätigt wird, ist auch die Rechtsgrundlage für die Erhebung der Kosten sowie deren Berechnung anzugeben.

### **§ 13**

#### **Vorschußzahlung und Sicherheitsleistung**

Eine Amtshandlung, die auf Antrag vorzunehmen ist, kann von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses oder von einer angemessenen Sicherheitsleistung bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Kosten abhängig gemacht werden.

### **§ 14**

#### **Billigkeitsregelungen**

Der Magistrat der Stadt Fritzlar kann die Gebühr ermäßigen oder von der Erhebung absehen, wenn dies mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gebührenpflichtigen oder sonst aus Billigkeitsgründen geboten erscheint.

### **§ 15**

#### **Stundung, Niederschlagung und Erlaß**

Für die Stundung, die Niederschlagung und den Erlaß von Forderungen der Stadt Fritzlar auf Zahlung von Gebühren, Auslagen und sonstigen Nebenleistungen gelten die Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes in Verbindung mit der AO in der jeweils geltenden Fassung sowie die „Richtlinien für Stundung, Niederschlagung und Erlaß von Forderungen der Stadt Fritzlar“.

### **§ 16**

#### **Festsetzungsverjährung**

- (1) Der Anspruch auf Festsetzung der Kosten verjährt in vier Jahren. Die Verjährung beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Kostenschuld gem. § 11 Abs. 1 entstanden ist.
- (2) Im übrigen finden die Vorschriften der Abgabenordnung über die Festsetzungsverjährung entsprechende Anwendung (§§ 169 ff AO).

### **§ 17**

#### **Zahlungsverjährung**

- (1) Der Anspruch auf Zahlung von Kosten verjährt in fünf Jahren. Die Verjährung beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch gemäß § 12 fällig geworden ist.
- (2) Im übrigen finden die Vorschriften der Abgabenordnung über die Zahlungsverjährung entsprechende Anwendung (§§ 228 ff AO).

## **§ 18**

### **Erneute Anfechtung der Kostenentscheidung**

Wird die Entscheidung über einen Widerspruch nach § 7 Abs. 2 Nr. 5 bezüglich der Kosten erneut angefochten, so ist dieses Widerspruchsverfahren kostenfrei.

## **§ 19**

### **Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

## Kostenverzeichnis zur Verwaltungskostensatzung der Stadt Fritzlar

### I. Allgemeine Verwaltungskosten

#### 1. Gebühren

- |      |                                                                                                                                                                                                                                |                      |
|------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------|
| 1.1  | schriftliche Auskünfte<br>einfache schriftliche Auskünfte sind<br>kostenfrei, soweit sie nicht aus Registern<br>und Dateien erteilt werden                                                                                     | 30,00 - 600,00 €     |
| 1.2  | Gewährung von Einsicht in amtliche<br>Akten, Karteien, Bücher, Datenträger, usw.<br>für Personen, die nicht am Verfahren beteiligt sind<br>je Akte, Kartei, usw.                                                               | 10,00 - 600,00 €     |
| 1.21 | Zuschlag zu Nr. 1.2 für das Versenden von Akten,<br>auch von Bußgeldakten außerhalb eines Bußgeld-<br>Verfahrens                                                                                                               | 10,00 € je Sendung   |
| 1.22 | wie Nr. 1.2, wenn ein Bediensteter<br>die Einsichtnahme dauernd beaufsichtigen muss                                                                                                                                            | nach Zeitaufwand     |
| 1.23 | Zuschlag zu Nr. 1.2 für das Versenden<br>von Akten, auch Bußgeldakten<br>außerhalb eines Bußgeldverfahrens,<br>je Frachtpostsendung<br>die Auslagen sind mit der Gebühr abgegolten                                             | 12,00 €              |
| 1.3  | Gewährung von Einsicht in amtliche Akten usw.<br>für Personen, die am Verfahren beteiligt sind,<br>durch Versenden                                                                                                             | 12,00 € je Sendung   |
| 1.4  | Beglaubigung von Unterschriften                                                                                                                                                                                                | 6,00 €               |
| 1.5  | Beglaubigung von Abschriften, Fotokopien,<br>die die Behörde selbst hergestellt hat<br>je Urkunde                                                                                                                              | 3,00 €               |
| 1.6  | Beglaubigungen in anderen Fällen:<br><br>Urkunden bis zu 10 Seiten, je Urkunde<br><br>Urkunden, die aus mehr als 10 Seiten<br>bestehen, je Seite                                                                               | 6,00 €<br><br>0,60 € |
| 1.7  | Gebühren nach dem Zeitaufwand sind zu erheben,<br>- wenn für eine Amtshandlung eine Gebühren-<br>bemessung nach Zeitaufwand bestimmt ist,<br>- wenn Wartezeiten entstanden sind, die der Kosten-<br>schuldner zu vertreten hat |                      |

Mit diesen Gebühren ist der Zeitaufwand der Beschäftigten abzugelten, die an der Vornahme der Amtshandlung direkt



beteiligt sind; die Tätigkeit von Hilfskräften (z. B. Fahrer, Schreibkräfte) wird nicht gesondert berechnet. Anzusetzen sind auch der Zeitaufwand für die Vorbereitung und die Nachbereitung der eigentlichen Amtshandlung sowie etwaiger Wegezeiten.

Gebühren für die regelmäßige Tätigkeit:

1.7.1	Beamte des höheren Dienstes und vergleichbare Angestellte je ¼ Stunde	19,75 €
1.7.2	Beamte des gehobenen Dienstes und vergleichbare Angestellte je ¼ Stunde	16,25 €
1.7.3	übrige Beschäftigte je ¼ Stunde	12,75 €
1.7.4	Zuschlag Nr. 1.7.1 bis 1.7.3 für Tätigkeiten außerhalb der Dienststunden	25 v. H., mind. 30,00 €

## **2. Auslagen (pauschaliert gemäß § 7 Abs. 2 S. 2)**

2.1	Schreibauslagen für Ausfertigungen oder Abschriften:	
2.1.1	bei fortlaufendem Text in deutscher Sprache je DIN A 4-Seite	6,00 €
2.1.2	in fremder Sprache oder in Tabellenform	nach Zeitaufwand
2.2	Anfertigen von Kopien:	
2.2.1	bis DIN A 4 je Seite	0,25 €
2.2.2	DIN A 3 je Seite	0,50 €
2.3	Herstellung von Großkopien auf	
2.3.1	Normalpapier je lfd. m	6,00 €
2.3.2	Transparentpapier je lfd. m	7,50 €

## **II. Besondere Verwaltungskosten**

### **1. Steuerwesen**

1.1	Ersatz einer Hundesteuermarke	2,00 €
1.2	Bescheinigung über gezahlte städtische Abgaben	6,00 €
	je weiteres Exemplar zusätzlich	3,00 €

### **2. Fundsachenverwahrung**

2.1	Fundsachen	3 % des Wertes mind. 7,00 €
-----	------------	--------------------------------

- |     |                                                                      |          |
|-----|----------------------------------------------------------------------|----------|
| 2.4 | Zuschlag zu 2.1 bis 2.3 für sperrige<br>Fundsachen (z. B. Fahrräder) | 50 v. H. |
|-----|----------------------------------------------------------------------|----------|

### 3. Bau- und Grundstücksangelegenheiten

- |     |                                                                                                                                   |          |
|-----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 3.1 | Liegenschaftsbescheinigungen bzw. –genehmigungen:                                                                                 |          |
|     | 3.1.1 Bescheinigungen über das Nichtbestehen oder<br>die Nichtausübung eines Vorkaufsrechts<br>je Grundstück                      | 12,50 €  |
|     | mindestens je Grundstückskaufvertrag                                                                                              | 25,00 €  |
|     | 3.1.2 Genehmigungen im Rahmen städtebaulicher<br>Sanierungsmaßnahmen nach BauGB mit<br>Ausnahme der Teilungsgenehmigung           | 25,00 €  |
|     | 3.1.3 Genehmigungen im Rahmen städtebaulicher<br>Entwicklungsmaßnahmen nach BauGB                                                 | 25,00 €  |
|     | 3.1.4 Erteilung eines Zeugnisses über die Genehmi-<br>gungsfreiheit der Teilung eines Grundstücks                                 | 25,00 €  |
| 3.2 | Bescheinigungen zur Vorlage bei den Finanzämtern<br>(§ 7 h Einkommensteuergesetz)<br>Bescheinigung bei einem bescheinigten Betrag |          |
|     | - bis 2.500,00 €                                                                                                                  | 20,00 €  |
|     | - bis 5.000,00 €                                                                                                                  | 40,00 €  |
|     | - bis 25.000,00 €                                                                                                                 | 50,00 €  |
|     | - bis 50.000,00 €                                                                                                                 | 100,00 € |
|     | - bis 250.000,00 €                                                                                                                | 150,00 € |
|     | - über 250.000,00 €                                                                                                               | 250,00 € |

Im Falle besonders aufwendiger Prüfung (z. B. bei besonders unübersichtlicher Darstellung, bei schlecht aufbereiteten Belegen, bei besonders zahlreichen Einzelbelegen bzw. „anonymen“ Baumarktbelegen) ist die jeweils nächsthöhere Gebühr festzusetzen.

### 3.3 Sonstiges

- |       |                                                                                                                          |                      |
|-------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------|
| 3.3.1 | Genehmigung eines Antrages auf Anschluss<br>eines Grundstückes an die öffentliche Ab-<br>wasseranlage                    | 25,00 bis 2.500,00 € |
| 3.3.2 | Abnahme einer Grundstücksentwässe-<br>rungsanlage, falls in der Anschlussgeneh-<br>migung die Abnahme vorgeschrieben war | 25,00 bis 2.500,00 € |
| 3.3.3 | Genehmigung der Einleitung von Kondensaten<br>in die öffentliche Abwasseranlage                                          | 10,00 bis 500,00 €   |

- 3.3.4 Erteilung von schriftlichen Auskünften über die Lage städtischer Ver- und Entsorgungsleitungen nach Zeitaufwand
- 3.3.5 Überwachung des Einbaus von Sonderwasserzählern und Abnahme nach städtischer Vorgabe

Die Gebühr für den Einbau von Sonderwasserzählern beträgt

bei Neueinbau	80,00 €
beim Tausch (z.B. bei Ende der Eichzeit)	50,00 €

- 4. Amtshandlungen aufgrund des Umweltinformationsgesetzes**  
Gebühren und Auslagen werden nach I (Allgemeine Verwaltungskosten) des Kostenverzeichnisses erhoben.

**5. Telekommunikationslinien**

- 5.1 Zustimmung zur Verlegung neuer und Änderung bereits vorhandener Telekommunikationslinien gemäß § 68 Abs. 3 Telekommunikationsgesetz
- |                                 |               |
|---------------------------------|---------------|
| je lfd. m. zu verlegendes Kabel | 1,50 – 3,00 € |
| mindestens pro Antrag           | 50,00 €       |
| höchstens pro Antrag            | 5.000,00 €    |
- 5.2 Genehmigung von Straßenaufbrüchen für die Neuverlegung, Änderung und Beseitigung von Störungen an bereits vorhandenen Telekommunikationslinien
- |                                 |               |
|---------------------------------|---------------|
| je lfd. m. zu verlegendes Kabel | 1,00 – 2,00 € |
| mindestens pro Antrag           | 250,00 €      |
| höchstens pro Antrag            | 2.500,00 €    |

**III.**

Vorstehende Änderungen treten am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.